

1. Kooperation statt Konfrontation von EU und Russland in der Ukraine-Krise!

Angesichts des bedrohlichen Machtkampfs um die politische, ökonomische und militärische Vorherrschaft in Osteuropa fordert die deutsche IPPNW eine Beendigung aller militärischer Drohgebärden, einen Verzicht auf Dominanzansprüche, und stattdessen die Suche nach politischem Ausgleich unter vorrangiger Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Ansprüche der betroffenen Bevölkerung, sowie deren berechtigter Sicherheitsbedürfnisse.

Die MV der IPPNW spricht sich dafür aus, dass die EU-Regierungen sich primär um die zunehmende Not der Bevölkerung unter anderem in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Mitgliedsländern kümmern soll, statt geostrategische Machtspiele mit höchst ungewissem Ausgang - gerade auch für die Menschen in der Ukraine selbst - zu betreiben. Die von der EU geplanten Austeritätsprogramme für dieses Land lassen keine gute Zukunft für breite Teile der Bevölkerung auch dort erwarten.

Aus Sicht der IPPNW sollte das friedenspolitische Ziel der weiteren Entwicklung eine blockfreie, multiethnische und demokratische Ukraine sein, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen nach den authentischen Bedürfnissen ihrer Bevölkerung gestalten kann - nach Ost und West. Dafür wollen wir uns gegenüber der eigenen Regierung und in den internationalen Netzwerken der emanzipativen Bürgerbewegungen einsetzen.

2. Atomwaffen – ein Bombengeschäft

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) e.V. fordert alle deutschen Finanzinstitute auf, die Investition in Herstellerfirmen von Atomwaffenkomponenten oder –Trägersystemen zu unterlassen bzw. zu beenden (Desinvestition). Zu diesem Zweck beteiligt sich die IPPNW an der deutschen Kampagne „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“.

Begründung:

Als Mitträger der *Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)* und der Kampagne *atomwaffenfrei.jetzt* beteiligen sich die Mitglieder der IPPNW an deren Aktivitäten, und unterstützen somit die Hauptforderung nach einem Verbotsvertrag. Wie in vielen anderen Ländern weltweit, thematisiert die Kampagne Investitionen von deutschen Finanzinstituten in Produzenten von Atomwaffen und deren Trägersysteme, sowie Kreditvergaben an diese Firmen.

Das Geschäft mit der Massenvernichtung wird weltweit jährlich in der Studie „Don't Bank on the Bomb“ (Hrsg. pax christi & ICAN) über die Investitionen in Atomwaffen beschrieben.

Die Studie nennt insgesamt 298 Finanzdienstleister aus 30 Ländern, die in Unternehmen investieren, die Atomsprengköpfe sowie Atomwaffen-Trägersysteme entwickeln, produzieren oder warten. Dazu gehören u.a. Raketen, Bomber und U-Boote. Weltweit investieren Finanzinstitute in einer Größenordnung von 235 Mrd. Euro (\$314 Mrd.) in 27 Hersteller dieser nuklearen Massenvernichtungstechnik.

Acht deutsche Finanzinstitute sind mit insgesamt knapp 7,6 Mrd. in die Finanzierung von Atomwaffenherstellern verstrickt. Platz 2 nach der Deutschen Bank mit 3,6 Milliarden Euro belegt die Commerzbank, die über Beziehungen zu neun Atomwaffenherstellern im Umfang von ca. 1,8 Milliarden Euro verfügt. Der Allianz-Versicherungskonzern, auf Platz 3, verwaltet selbst bzw. treuhänderisch Vermögenswerte an 12 Atomwaffenherstellern im Umfang von 1,1 Mrd. Euro.

Die Aktionärsversammlung der Commerzbank am 8. Mai in Frankfurt-Höchst bietet sich für eine Aktion an, mit welcher gut öffentlicher Druck erzeugt werden kann: Die Commerzbank hat als zweitgrößter Investor nach der Deutschen Bank seit letztem Jahr ihre Atomwaffeninvestition fast verdreifacht. Aber sie ist bereits vor kurzem aus der Nahrungsmittelspekulation ausgestiegen und sorgt sich um ihr Image in der Gesellschaft, was man u.a. daran sehen kann, dass die Ausgaben für Werbung um 171,2 % gestiegen sind.

Am 26. September (Internationaler Tag für die nukleare Abrüstung) wird die dritte Auflage der internationale Studie „Don't Bank on the Bomb“ in Frankfurt/Main vorgestellt, gleichzeitig mit dem Deutschen Report zu „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“.

Höhepunkt der Kampagne wird eine Aktionswoche „Spar Dir den Atomkrieg“ oder „Die Bombe an Ihrer Seite“ ab dem 27. September sein, bei der bundesweit Mitglieder in die oder vor den Commerzbank-Filialen gehen und die Forderung nach Desinvestition Ausdruck verleihen. Diese fotogenen Aktionen werden mit regionalen und bundesweiten Pressearbeit begleitet, sowie in Social Media durch Bilder und Videos sichtbar – flickr, Instagram, YouTube, Facebook und Twitter.

Die Kampagne wird diese Aktion eventuell auf die Allianz-Versicherung ausweiten, die auch erhebliche Atomwaffeninvestitionen betätigt. Auch Großanleger und öffentliche Institutionen, wie Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Vereine, (Bio)Supermarktketten, Krankenkassen oder die Deutsche Rentenversicherung wollen wir zur Desinvestition bewegen, und so auch ein größeres, kritisches Bewusstsein für Atomwaffen und deren Finanzierung in der Öffentlichkeit schaffen.

3. Schwerpunkt „Nukleare Kette“

Der Vorstand der dt. IPPNW wird damit beauftragt, das Thema der "nuklearen Kette" zu einem seiner Schwerpunkte zu machen und gut recherchierte Materialien zu erstellen, die die Thematik einem breiteren Publikum zugänglich machen.

Begründung:

Nicht erst der Einsatz von Atomwaffen ist eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt, sondern die gesamte "nukleare Kette":

Der Uranbergbau zerstört und verstrahlt Landschaften und führt zu erhöhten Krebsraten in Abbaugebieten, wie dem Erzgebirge in Sachsen und Thüringen, aber auch Afrika, Australien, Kasachstan oder Nordamerika.

Die zivile Nutzung der Atomenergie birgt nicht nur Gefahren im Falle eines Super-GAUs wie in Tschernobyl oder Fukushima – auch der Normalbetrieb von Atomkraftwerken führt zu einem signifikanten Anstieg von Kinderkrebsfällen im Umkreis von 50 km.

Die Aufbereitungsanlagen der Atomindustrie wie La Hague, Sellafield, Hanford oder Majak verseuchen Luft und Meer mit radioaktiven Spaltprodukten.

Über 2000 Testexplosionen von Atombomben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben den Erdball mit radioaktivem Niederschlag überzogen und zu Zehntausenden verhinderbaren Krebsfällen geführt.

Schließlich enden zivile wie auch militärische Nutzung der Atomenergie stets in der atomaren Sackgasse des Strahlenmülls – einem Problem, mit dem sich die Menschheit noch viele Generationen nach dem Abschalten des letzten AKW und der Verschrottung der letzten Atomwaffe auseinandersetzen muss.

Nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ wird sich auch die deutsche IPPNW Gedanken darüber machen müssen, welche konkreten Schritte wir hier in Deutschland gehen können um zukünftige Generationen vor den verheerenden Folgen der zivilen und militärischen Atomindustrie zu schützen – der Atomausstieg und der Abzug der verbleibenden Atombomben aus Deutschland sind hierbei ebenso wichtig wie die Förderung von Forschung und die Unterstützung lokaler Umweltinitiativen in den uranproduzierenden Ländern.

Die Plakatausstellung „Hibakusha weltweit“ und die Erstellung informativer Brochüren zu den einzelnen Teilen der nuklearen Kette sind zwei konkrete Projekte, die die deutsche IPPNW nutzen kann, um die komplexen Zusammenhänge besser zu illustrieren und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

4. Die IPPNW - Mitgliederversammlung bestätigt die geltende Beschlusslage des Deutschen Ärztetages und fordert den Stopp des Projektes „Elektronische Gesundheitskarte“

„Das politische Projekt "Elektronische Gesundheitskarte" (eGK) ist gescheitert. Der gigantomanische Anspruch, durch eine flächendeckende Elektronifizierung der Patientenversorgung unter der Führung der Krankenkassen sowohl transparente Patienten als auch transparente Ärzte herzustellen, widerspricht elementaren ärztlichen Grundwerten.

Die Vertraulichkeit der Patientenbeziehung ist genauso durch dieses politische Projekt bedroht wie die ärztliche Therapiefreiheit. Der derzeitige Nutzen liegt bei einigen Wenigen, bei Kontrollinteressen von Kassen und Politik und der nach neuen Märkten suchenden Industrie. Der Schaden sowie der Aufwand bleiben bei Versicherten, bei Ärztinnen und Ärzten in Klinik und Praxis und bei medizinischem Personal. Aus diesem Grund fordert der 115. Deutsche Ärztetag einen Stopp des Projektes und die Förderung längst existierender kostengünstiger dezentraler Kommunikationswege und Speichermedien in der Medizin.

Die eGK-Tests sind in allen Aspekten gescheitert. Mehrfache Versuche des "Neustarts" ziehen sich seit sechs Jahren hin, haben bisher schon Milliarden verschlungen und verdienen keine weiteren Wiederholungen.

Die Verwandlung von Arztpraxen und Klinikambulanzen in Online-Außenstellen der Kassen für das verpflichtende Versicherten Stammdatenmanagement (VSDM) in Arztpraxen und Kliniken wird von der Ärzteschaft bundesweit abgelehnt.

Das ganze eGK-Projekt behindert seit Jahren eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Kommunikation im Gesundheitswesen. Die veraltete "Kartentechnologie" stammt aus den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts und hat sich in den Tests als wahres Hindernis für Praktikabilität erwiesen.

Gelder in Kliniken und Praxen sollten investiert werden in moderne Datenhaltung und deren Schutz vor Ort. Des Weiteren benötigt man für die elektronische ärztliche Kommunikation verschlüsselte Mails, VPN-Leitungen und sichere dezentrale Speichermedien in der Hand des Patienten. All dies ist ebenso für einen geringen finanziellen Mitteleinsatz vorhanden wie die elektronische Signatur.

Grundsätzlich abzulehnen ist jede Form des Sammelns medizinischer Daten einer großen Anzahl von Menschen in zentralen Serverstrukturen. Dieses dient wie das ganze Projekt insgesamt nur der Kontrollfähigkeit aller medizinischen Prozesse im Sinne einer möglichst renditebringenden "Krankenbehandlung" im Interesse von Gesundheitskonzernen. Niemand kann solche Daten auf Dauer schützen". (DÄT Nürnberg, 2012)

5. Schwerpunkt Ukraine

Der Vorstand der deutschen IPPNW wird damit beauftragt, das Thema "Ukraine-Krise" zu einem seiner Schwerpunkte zu machen.